

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

Sitzungstermin:	Dienstag, 27.01.2026, 15:00 Uhr
Raum, Ort:	Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig
Beginn:	15:00 Uhr
Ende:	17:39 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Sonja Lerche - SPD

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Thorsten Köster - CDU

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Maximilian Pohler - CDU

Herr Thomas Behrens - Die FRAKTION. BS

Frau Silke Arning - BIBS

bis 17:32 Uhr

Herr Stefan Wirtz - AfD

Herr Dr. Frank Schröter - Bürgermitglied

bis 17:33 Uhr

Frau Susanne Schroth - Bürgermitglied

bis 17:33 Uhr

Herr Oskar Schwarz - Bürgermitglied

Herr Dr. Helge Wendenburg - Bürgermitglied

Herr Thomas Ahrens - vom Vorstand des Seniorenrates bestimmter Vertreter

Herr Torsten Busch - vom Vorstand des Behindertenbeirats bestimmter Vertreter

Vertretung für: Aytekin Demirbas

Herr Christian Grußka - Vertreter der Polizei

Herr Martino Rossi - Vertreter des Jugendparlaments

Verwaltung

Herr Oliver Düber - AbtL 32.1
Herr Mehmet Esen - StL 0660.20
Frau Kirsten Lewandowski - stv. FBL 67
Frau Anna Katharina Hanusch - Dezernentin VI
Herr Gerold Leppa - Dezernent III
Herr Stephan Kühl - FBL 60
Herr Peter Geisenhainer-Anhalt - RefL 0660
Herr Burkhard Wiegel - FBL 66
Frau Bianca Winter - RefL 0600

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600
Frau Pauline Becker - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Matthias Disterheft - SPD	entschuldigt
Herr Mathias Möller - FDP	entschuldigt
Herr Jan Höltje - Bürgermitglied	entschuldigt
Herr Jens Lüttge - Bürgermitglied	entschuldigt
Herr Aytekin Demirbas - vom Vorstand des Behindertenbeirats bestimmter Vertreter	entschuldigt

Verwaltung

Herr Dirk Franke - FBL 65	entschuldigt
Herr Jens-Christian Kügler - FBL 06	entschuldigt
Frau Katja Langer - RefL 0650	entschuldigt

Gäste:

Herr Fricke (ALBA Braunschweig GmbH), Herr Horn (ALBA Braunschweig GmbH)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.10.2025
(öffentlicher Teil)
3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26.11.2025
(öffentlicher Teil)
4. Mitteilungen
 - 4.1. Sichere Radverkehrsführung im Umfeld Hagenbrücke/Küchenstraße 25-26817-01
 - 4.2. Mündliche Mitteilungen
5. Anträge
 - 5.1. Einrichtung eines Tagesordnungspunktes "Winterdienst auf Radwegen" 26-28184
 - 5.1.1. Einrichtung eines Tagesordnungspunktes "Winterdienst auf Radwegen" 26-28184-01
 - 5.2. Neue Gebühren für Anwohnerparkausweise unter Berücksichtigung der Fahrzeuggröße 26-28173
6. Oberbauform für die Erneuerung der Gleisanlagen Friedrich-Wilhelm-Straße/Waisenhausdamm 25-26786
7. Planung der Stadtbahnstrecke Friedrich-Wilhelm-Platz bis zum Bohlweg 26-28138
8. Anfragen
 - 8.1. Mündliche Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Sie begrüßt Stadtbaurat Leppa in seiner neuen Funktion als zuständiger Dezernent und heißt ihn ebenso willkommen wie Herrn Ahrens, der als Nachfolger von Frau Salbert als Vertreter des Seniorenrats künftig an den Sitzungen dieses Ausschusses teilnehmen wird.

Die Ausschussvorsitzende informiert, dass die Ratsherren Disterheft und Möller sowie die Bürgermitglieder Höltje und Lüttge entschuldigt fehlen. Als Gäste dieser Sitzung begrüßt sie die Herren Fricke und Horn (ALBA Braunschweig GmbH) sowie Frau Lewandowski (Fachbereich 67 Stadtgrün) zu TOP 5.1. Im Verlauf der Sitzung wird Herr Düber (Fachbereich 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit) zu TOP 14.1 hinzukommen.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth regt an, die TOPs 6 und 7 aufgrund ihres inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam zu beraten.

Die Ausschussvorsitzende stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.10.2025 (öffentlicher Teil)

Beschluss:

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26.11.2025 (öffentlicher Teil)

Beschluss:

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 2

4. Mitteilungen

4.1. Sichere Radverkehrsführung im Umfeld Hagenbrücke/Küchenstraße

25-26817-01

Stadtbaurat Leppa erläutert die Mitteilung 25-26817-01.

Ergebnis:

Die Mitteilung 25-26817-01 wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Mündliche Mitteilungen

4.2.1 – Qualitätsstandards für Fußwege (Antrag 25-25972-02)

Stadtbaurat Leppa teilt unter Bezugnahme auf den Beschluss des Verwaltungsausschusses zum Antrag 25-25972-02 mit, dass die Vergabe der Planung aufgrund einer vakanten Personalstelle bislang nicht erfolgen konnte. Nach zwischenzeitlicher Besetzung der Stelle befindet sich die Ausschreibung nunmehr in Vorbereitung und soll im ersten Quartal 2026 veröffentlicht werden. Erste Ergebnisse werden spätestens zum Jahresende erwartet. Stadtbaurat Leppa sagt zu, diesen Ausschuss nach erfolgter Vergabe und Vorliegen eines Zeitplans erneut zu informieren.

5. Anträge

5.1. Einrichtung eines Tagesordnungspunktes "Winterdienst auf Radwegen" 26-28184

Ratsfrau Kluth bringt für die [Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN den Antrag 26-28184 ein](#).

Stadträtin Hanusch erläutert die Stellungnahme 26-28184-01.

Herr Horn ergänzt, dass der vormalige Bauausschuss den Einsatz von Streusalz und generell allen Streustoffen auf Radwegen im Jahr 2011 ausgeschlossen hat. Für den Winterdienst auf Radwegen wurden spezielle Kleinschlepper angeschafft, die bei Schneehöhen ab 5 cm jedoch an ihre Leistungsgrenze stoßen.

Aus Sicht von Ratsfrau Jalyschko stellt die Stellungnahme der Verwaltung eine gute Grundlage für weitere Diskussionen über den Winterdienst dar. Sie fragt, wie das Problem des von der Fahrbahn auf Radwege oder in Kreuzungsbereiche geschobenen Schnees gelöst werden kann.

Herr Horn erläutert, dass das Problem des Schneeeintrags einerseits von der Fahrbahn, andererseits vom Gehweg verursacht wird und eine mechanische Vermeidung schwierig ist. Eine mögliche Lösung wäre, schmale Rad- und Gehwege als Fläche gemeinsam räumen zu lassen. Auf Fahrbahnen bleibe das Problem jedoch bestehen. Ein Abtransport des Schnees würde eine sowohl logistisch als auch finanziell nicht zu bewältigende Dimension erreichen.

Ratsherr Köster merkt an, dass die Schneefälle in Norddeutschland den Schienenverkehr der Deutschen Bahn AG eingeschränkt hätten. Die Erwartungen an die Verwaltung und die ALBA GmbH erscheinen ihm vor diesen Hintergrund als überzogen. Er lobt den Einsatz der im Winterdienst Beschäftigten.

Stadtbaurat Leppa hebt hervor, dass die extremen Schneemengen vor zwei Wochen eine Ausnahmesituation darstellten, bei der alle Akteure - nicht nur in Braunschweig - an ihre Grenzen stießen. Er betont, dass bei der Bewertung der Leistungsfähigkeit des Winterdienstes eher Optimierungsmöglichkeiten bei den Nacharbeiten in den zurückliegenden Tagen betrachtet werden sollten, anstatt hierfür außergewöhnlich starke Schneefälle heranzuziehen.

Ratsherr Dr. Plinke dankt der Verwaltung für die transparente Darstellung der Kapazitäten im Winterdienst und erklärt, dass vor diesem Hintergrund die Leistungsfähigkeit zu optimistisch eingeschätzt worden sei. Für künftige Dienstleistungsverträge sollten realistische Rahmenbedingungen und Prioritäten definiert werden. Darüber hinaus fragt Ratsherr Dr. Plinke, wie seitens der ALBA GmbH Beschwerden gehandhabt werden und ob diese die Tourenplanung beeinflussen.

Ratsherr Behrens bittet um Auskunft zur praktischen Umsetzung des Räumplans und der Überprüfung der Verwaltung zur Einhaltung der Räumpflichten durch die ALBA GmbH.

Stadtbaurat Leppa informiert, dass der Winterdienst nach Prioritäten erfolgt und sich nach der aktuellen Gefährdungslage richtet, nicht nach festen täglichen Räumintervallen. Die ALBA GmbH dokumentiert jeden Einsatz in Berichten. Beschwerden und Hinweise werden über den städtischen Winterdienstkoordinator an die ALBA GmbH weitergegeben und in die Steuerung einbezogen.

Frau Lewandowski ergänzt, dass sich Verwaltung, ALBA GmbH und weitere Beteiligte bei Schneereignissen regelmäßig in gemeinsamen Lagebesprechungen abstimmen.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg kritisiert nicht geräumte Querungshilfen u.a. am Sachsenamm und erwartet, dass für eine spätere Diskussion über den Gehwegwinterdienst in diesem Ausschuss eine Übersicht mit den der Verwaltung zur Räumspflicht obliegenden Flächen vorgelegt wird.

Stadträtin Hanusch betont, dass die Räumpflichten an verkehrswichtigen Kreuzungen festgelegt sind. In Einzelfällen könnten jedoch insbesondere an Schnittstellen zwischen Verwaltung, ALBA GmbH und BSVG (Haltestellen) Abstimmungen erforderlich sein.

Ratsfrau Mundlos betont, dass Winterdienst aufgrund nur begrenzt zur Verfügung stehender Ressourcen nicht perfekt sein kann. Sie regt an, private Grundstückseigentümer besser über ihre Räumpflichten zu informieren.

Stadtbaurat Leppa informiert, dass die Verwaltung bereits über die Medien und auch mittels Flyer, die den Bescheiden zu Grundbesitzabgaben beigelegt werden, informiert. Diese Praxis wird die Verwaltung fortführen.

Ratsfrau Kluth regt an zu prüfen, ob noch finanzielle Kapazitäten aus dem letzten Winter genutzt werden können, um aktuell auch Fahrradstraßen zu räumen, und verweist auf die seit Oktober vergangenen Jahres vorliegenden Stellungnahmen bzw. Richtlinien zur automatisierten Streustoffdosierung. Diese enthalten auch Hinweise zu ökologischen Aspekten, insbesondere zur Reduzierung von Streumitteln und zum Einsatz von Salzlaken. Sie fragt, inwieweit diese Maßnahmen bereits im Winterdienst umgesetzt werden oder künftig zu berücksichtigen sind.

Zur Soleausbringung auf Radwegen erläutert Herr Horn, dass dieses Verfahren vergleichbar mit der Feuchtsalzstreuung im Fahrbahnwinterdienst ist. Zwar kann durch den Einsatz von Sole der Salzeintrag reduziert werden (laut Hersteller um 50-60 Prozent, laut Praxiserfahrung eher 20-30 Prozent), dennoch bedeutet dies weiterhin einen höheren Salzeinsatz als bisher. Zudem bleibt Streusalz ein erheblicher Belastungsfaktor für die Vegetation, sodass mögliche Schäden am Straßenbegleitgrün bei der Abwägung berücksichtigt werden müssen

Protokollnotiz: Das Grundentgelt Winterdienst (§ 7 der Anlage Entgelt zur Ergänzungsvereinbarung zum Leistungsvertrag I i. V. m. § 2 der sechsten Ergänzungsvereinbarung) wird vom städtischen Haushalt getragen. Der Leistungsvertrag 1 sieht ein fixes Entgelt für den Winterdienst vor, das unabhängig von der Wetterlage gezahlt wird. Es wird für den Leistungsvertrag 1 + 2 immer eine Spitzabrechnung durchgeführt. Zum Zeitpunkt der Planung des Betrags ist die komplette bzw. endgültige Indexanpassung noch nicht bekannt, d.h. es erfolgt eine Abschätzung.

Die Spitzabrechnung mit dem städtischen Haushalt erfolgt im Rahmen der Betriebsabrechnung (diese beinhaltet die endgültige Indexanpassung) des jeweiligen Jahres. Für den Winterdienst 2024 erfolgt die Betriebsabrechnung Ende 2025 und die Spitzabrechnung 2026. Der Abschlag für den Winterdienst wird mit der Spitzabrechnung verrechnet. Wenn sich eine Differenz zwischen Abschlagszahlung und Spitzabrechnung ergibt, muss diese an den städtischen Haushalt zurückgezahlt werden.

Es handelt sich hierbei also nicht um „nicht verbrauchte“ Mittel, die nicht für eine nicht erbrachte Leistung ausgegeben wurden, sondern nur um den Korrekturbetrag zwischen Planung und Ist.

Ergebnis:

Der Antrag wurde von der Verwaltung in die Tagesordnung aufgenommen und das Sachthema beraten. Eine Abstimmung über den Antrag 26-28184 erfolgt nicht.

5.1.1. Einrichtung eines Tagesordnungspunktes "Winterdienst auf Radwegen" 26-28184-01

Wortbeiträge siehe Protokollierung zu Antrag 26-28184-01 (TOP 5.1)

Ergebnis:

Die Stellungnahme 26-28184-01 wird zur Kenntnis genommen.

5.2. Neue Gebühren für Anwohnerparkausweise unter Berücksichtigung der Fahrzeuggröße 26-28173

Ratsfrau Arning bringt für die Gruppe BIBS/Robert Glogowski und Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN den gemeinsamen Antrag 26-28173 ein und begründet diesen.

Ratsherr Pohler erklärt für die CDU-Fraktion, den Antrag 26-28173 abzulehnen, da die Kopplung der Gebühr an die Fahrzeuggröße als sozial ungerecht, verwaltungsaufwändig und rechtlich problematisch angesehen wird. Größere Fahrzeuge bedeuteten nicht automatisch höhere Einkommen. Soziale Ausnahmen, Einkommensstaffelung oder Obergrenze seien zudem nicht vorgesehen. Außerdem besteht für ihn kein klarer Zusammenhang zwischen Fahrzeuggröße und CO₂-Ausstoß. Er regt an, Anreize für besonders emissionsarme Fahrzeuge zu schaffen.

Ratsherr Wirtz kritisiert, dass durch Bewohnerparkplätze die bloße Chance, im Quartier einen Parkplatz zu finden, gebührenpflichtig werde. Die geplante Gebühr erachtet Ratsherr Wirtz als sozial ungerecht.

Ratsfrau Hahn kündigt für die SPD-Fraktion die Ablehnung des Antrags 26-28173 an, da dieser zu deutlichen Gebührenerhöhungen von mehreren hundert Euro führen würde und sozial ungerecht sei, da auch Kleinwagen betroffen wären. Zudem greife der Antrag dem bereits beschlossenen stadtweiten Parkraummanagementkonzept vor und würde dadurch zu Ausweichverhalten in nicht bewirtschaftete Gebiete führen. Insgesamt bewertet Ratsfrau Hahn den Antrag als unausgereift.

Ratsherr Dr. Plinke erläutert, dass mit dem Antrag die bisherige Gebühr für Bewohnerparkausweise modernisiert werden soll, um die tatsächlichen Kosten für die Herstellung und Unterhaltung von Parkplätzen fair auf die Nutzerinnen und Nutzer umzulegen. Während sich Kosten und Preise in den vergangenen Jahren insgesamt stark erhöht hätten, sei die aktuelle Gebühr für Bewohnerparkausweise in Höhe von 30,70 Euro unverändert geblieben. Die vorgeschlagene Berechnungsmethode nach Fahrzeuggröße zzgl. eines Grundbetrages sei aus seiner Sicht leicht umsetzbar und werde in anderen Städten wie Koblenz bereits erfolgreich praktiziert.

Herr Rossi argumentiert, dass die aktuelle jährliche Gebühr für Bewohnerparkausweise von 30,70 Euro im Vergleich zum Preis für das Deutschlandticket viel zu niedrig und sozial ungerecht sei. Eine moderate Erhöhung der Parkgebühren würde aus seiner Sicht die Nutzung des öffentlichen Raums fairer bepreisen, städtische Einnahmen erhöhen und Anreize für umweltfreundliche Verkehrsmittel schaffen. Eine Einkommensstaffelung bei der Gebühr für Bewohnerparkausweise sollte vermieden werden, um keine Besserstellung von Autofahrerinnen und Autofahrern gegenüber ÖPNV-Nutzerinnen und Nutzern zu schaffen.

Ratsfrau Jalyschko weist darauf hin, dass die Gebühr für Bewohnerparkausweise seit den 1990er Jahren unverändert geblieben sei, während andere städtische Gebühren regelmäßig angehoben wurden. Die Fahrzeuglänge als Berechnungsgröße sei zwar kein perfektes Mittel, aber nach ihrer Auffassung das derzeit einzig zulässige Kriterium zur Staffelung der Gebühren. Hinsichtlich des Ratsbeschlusses zur Erstellung eines Gesamtkonzepts Parken erinnert Ratsfrau Jalyschko an die Aussage des früheren Stadtbaurats Leuer im November 2025, dass die Erarbeitung dieses Konzeptes seitens der Verwaltung wegen zahlreicher anderer Aufgaben aktuell keine Priorität besitze und kritisiert, dass die Verwaltung unabhängig hiervon dem Rat zwischenzeitlich die Einführung eines Langzeitparkscheins vorgeschlagen hat.

Ratsherr Behrens kündigt seine Enthaltung bei der Abstimmung über den Antrag 26-28173 an. Die im Antrag vorgeschlagene Staffelung der Gebühr nach Fahrzeuggröße sieht er aufgrund des unterschiedlichen Flächenverbrauchs zwar grundsätzlich als sinnvoll an, problematisch erscheint aus seiner Sicht jedoch der Zeitpunkt, da die Verwaltung zunächst das beschlossene stadtweite Parkraummanagementkonzept fertigstellen müsse. Erst wenn ausreichend Bewohnerparkplätze zur Verfügung stehen, könne über eine höhere Gebühr und eine Staffelung nach Fahrzeuggröße nachgedacht werden.

Stadtbaurat Leppa verdeutlicht, dass Anwohnerparkausweise dazu dienen, Anwohnerinnen und Anwohner gegenüber Fremdarkerinnen und Fremdarker zu privilegieren. Eine Erhöhung der Gebühr nach Fahrzeuggröße würde diese Privilegierung einschränken und zusätzliche Kosten für Anwohnerinnen und Anwohner erzeugen. Die tatsächliche Steuerungswirkung einer Gebührenerhöhung sei gering, da Parkgebühren im Vergleich zu den Gesamtbetriebskosten eines Autos oder ÖPNV-Tickets finanziell kaum relevant sind.

Aus Sicht von Ratsfrau Lerche sind Parkgebühren in der Innenstadt gerechtfertigt, da dort ein besonderes Privileg besteht. Außerhalb der Innenstadt sollten gebührenfreie Parkplätze jedoch erhalten bleiben, da auch der Besuch von Anwohnerinnen und Anwohnern weiterhin Parkmöglichkeiten vorfinden sollte.

Ratsherr Kühn verweist darauf, dass die Gebühr für Bewohnerparkausweise jahrzehntelang unverändert geblieben ist, da sie nur eine reine Verwaltungsgebühr war und Kommunen erst seit kurzer Zeit Gestaltungsspielraum bei der Festsetzung der Gebührenhöhe haben. Er hält eine moderate, allgemeine Erhöhung für sinnvoller als eine Differenzierung nach Fahrzeuggröße und plädiert dafür, das von der Verwaltung zu erstellende Gesamtkonzept Parken abzuwarten.

Herr Wiegel informiert, dass die Änderung der Busspur auf einer gemeinsamen Initiative von Verwaltung und Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) zur Aufwertung der Platzfläche beruht. Bei Zustimmung dieses Ausschusses zur Vorlage 26-28138 wird die geänderte Verkehrsführung weiter geplant; eine Vorlage zur konkreten Planung ist für die zweite Jahreshälfte 2026 vorgesehen. Ziel ist eine gemeinsame Umsetzung mit der BSVG-Maßnahme. Die verfügbaren Haushaltsmittel erlauben derzeit lediglich eine einfache Oberflächenerneuerung. Weitergehende Maßnahmen müssten gesondert finanziert werden.

Ratsherr Dr. Plinke begrüßt ausdrücklich, dass in der Planung (Vorlage 26-28138) die Gefahrenstelle für Radfahrende aus der Münzstraße in Richtung Friedrich-Wilhelm-Straße entschärft wurde. Er bittet darum, in der Feinplanung auch die querenden Fahrbeziehungen über den Gleisbereich in Richtung Hinter Liebfrauen und Leopoldstraße zu berücksichtigen. Hinsichtlich der Vorlage 25-26786 stellt Ratsherr Dr. Plinke für die Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN den Antrag, die Vorlage passieren zu lassen, da innerhalb der Fraktion hierzu noch keine abschließende Positionierung besteht.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt den Antrag auf passieren lassen zur Abstimmung.

Beschluss:

- ~~1. Die Gleisoberbauform heller Stahlfaserbeton für die Gleiserneuerung Friedrich-Wilhelm-Straße/Waisenhausdamm wird für die gesamte Strecke entsprechend der Anlage 1 „Übersichtslageplan“ im Waisenhausdamm beschlossen.~~
- ~~2. Sollte die Landesnahverkehrsgesellschaft wider Erwarten als Oberbauform im stadteinwärtigen Gleis im Waisenhausdamm (Anlage 3) ein Rasengleis fördern, wird dieses anstelle hellen Stahlfaserbetons umgesetzt.~~

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf passieren lassen):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

7. Planung der Stadtbahnstrecke Friedrich-Wilhelm-Platz bis 26-28138 zum Bohlweg

Wortbeiträge siehe Protokollierung zu Vorlage 25-26786 (TOP 6)

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage 26-28138 zur Abstimmung.

Beschluss:

“Der Planung der Stadtbahnstrecke zwischen dem Friedrich-Wilhelm-Platz und dem Bohlweg im Rahmen einer Gleiserneuerung entsprechend der Anlagen 1-3 wird zugestimmt.”

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

8. Anfragen

8.1. Mündliche Anfragen

8.1.1 – Veloroute Helmstedter Straße

Ratsfrau Kluth verweist auf den Beschluss zur Vorlage 25-25514 und den dazu in den Sitzungen des Stadtbezirksrates 130 Mitte und dieses Ausschusses erfolgten Hinweis, dass die Radwegführung auf der stadteinwärtigen Fahrbahn vor dem Knoten in Mittellage aufgrund der Konflikte zwischen Bus-, Radverkehr und rechts in den Magnitorwall abbiegender Kraftfahrzeuge verbesserungswürdig ist.

Protokollnotiz: Ratsfrau Lerche verlässt um 17:24 Uhr die Sitzung.

Stadtbaurat Leppa berichtet, dass die Verwaltung aktuell an der Radverkehrsführung in dem genannten Bereich arbeitet. Eine abschließende Lösung liegt noch nicht vor. Am Knotenpunkt ist auch zu berücksichtigen, dass sich die Velorouten Helmstedter Straße und Wallring treffen, wodurch zusätzliche Querbeziehungen bestehen, die bei der Weiterentwicklung der Veloroute Wallring ebenfalls zu betrachten sind.

8.1.2 – Regenbogenstreifen am Friedrich-Wilhelm-Platz

Der an der Bushaltestelle am Friedrich-Wilhelm-Platz aufgebrauchte Regenbogenstreifen wurde durch das ständige Befahren mit Bussen bereits stark abgenutzt. Von Seiten der Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN wird die Frage gestellt, welche Organisationseinheit innerhalb der Verwaltung für Pflege und Instandhaltung zuständig ist und ob der Verwaltung ausreichende Mittel zur turnusmäßigen Erneuerung des Regenbogenstreifens zur Verfügung stehen.

Stadtbaurat Leppa informiert, dass der Tiefbauverwaltung die Pflege und Instandhaltung obliegt. Es stehen keine gesonderten Mittel für eine turnusmäßige Erneuerung bereit. Trotz des hohen Verkehrsaufkommens von bis zu 25 Bussen/Stunde befindet sich der Streifen in einem guten Zustand. Beschädigte Stellen werden bei geeigneter Witterung ausgebessert.

Protokollnotiz: Ratsfrau Lerche verlässt um 17:24 Uhr die Sitzung.

8.1.3 – Dynamische Fahrgastinformation der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG)

Ratsherr Behrens informiert über seine Beobachtung, dass Abfahrten an Bus- und Stadtbahnhaltestellen teilweise fehlerhaft angezeigt würden. Er fragt, welche Erkenntnisse der Verwaltung zu diesem Problem vorliegen und welche technischen Ursachen zu den beschriebenen Störungen führen.

Stadtbaurat Leppa sagte eine Beantwortung der Fragen durch die BSVG in Form einer Protokollnotiz zu.

Protokollnotiz: *Bei den beschriebenen Situationen an den Dynamischen Fahrgastinformationen der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (DFI) handelt es sich in aller Regel nicht um Störungen, sondern um system- und verkehrsbedingte Ungenauigkeiten in der Fahrplanprognose und Übermittlung. Die DFI-Anzeiger beziehen ihre Daten vollständig über die Datendrehscheibe für Niedersachsen/Bremen, so dass auf den Anzeigern die Fahrten aller in Braunschweig verkehrenden Buslinien angezeigt werden können. Es gibt keine unmittelbare Kommunikation zwischen den DFI-Anzeigern und den Fahrzeugen. Sehr kurzfristige Änderungen in der Fahrplanlage eines Fahrzeugs kommen deshalb nicht immer schnell genug am Anzeiger an, da eine Vielzahl von Systemen daran beteiligt sind.*

Bei Verspätung, insbesondere wenn diese durch Stau oder die Lichtsignalschaltung erst kurz vor der Haltestelle ansteigt, kann es zu einer verfrühten Löschung der Fahrt vom DFI kommen. Dies lässt sich leider nicht vollständig ausschließen. Ähnlich verhält es sich mit kurzfristig verringerten Verspätungen. Das kann in Einzelfällen dazu führen, dass die Fahrtankündigung noch läuft, obwohl das Fahrzeug bereits wieder von der Haltestelle abgefahren ist. Es geht hier um Zeitbereiche von 15 bis zu 30 Sekunden. In den meisten Fällen wird eine Fahrt vom Anzeiger gelöscht, solange das abfahrende Fahrzeug noch im Sichtbereich ist.

Die BSVG ist kontinuierlich bemüht, in Zusammenarbeit mit allen technisch beteiligten Partnern die Auskunftqualität an den DFIs stetig zu verbessern.

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler verlässt um 17:27 Uhr die Sitzung.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 17:39 Uhr.

gez. Kluth	gez. Leppa	gez. Ender
Kluth	Leppa	Ender
- Vorsitz -	- Stadtbaurat -	Protokollführer